

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen in Baden-Württemberg. Wer in Stuttgart, Freiburg oder am Bodensee eine Wohnung sucht, weiß, wie angespannt die Lage ist. Für uns ist deshalb klar: Die Mietpreisbremse muss dort wirken, wo der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist.

Der Ministerrat hat in der vergangenen Woche die Verordnungsentwürfe zur Anhörung freigegeben. Damit soll die Mietpreisbremse nahtlos über den 31. Dezember 2026 hinaus gelten. Zugleich wird die Gebietskulisse angepasst: Mit Mannheim, Konstanz und Kehl werden drei Hochschulstandorte wieder aufgenommen.

Grundlage dafür ist ein ergänzter Indikator, der die Wohnungssuche von Neubürgern besser abbilden soll. Gerade in Hochschulstädten suchen jedes Semester viele Studierende gleichzeitig eine Wohnung. Die Anpassung trägt dieser Nachfrage Rechnung.

Klar ist aber auch: Die Mietpreisbremse allein löst die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht. Sie kann Preisanstiege dämpfen, neue Wohnungen schafft sie nicht. Entscheidend für eine Entspannung ist der Neubau.

Deshalb ist uns eine Regulierung mit Augenmaß wichtig, die den Mietwohnungsneubau nicht ausbremst. Es ist richtig, dass Neubauten von der Mietpreisbremse ausgenommen sind, und daran halten wir fest. Wer baut, braucht Planungssicherheit und die Gewissheit, dass sich eine Investition langfristig trägt.

Diesen Weg geht das Land: Wir verlängern die Mietpreisbremse dort, wo es nötig ist, auf Grundlage belastbarer Daten und mit Maß. Das ist verlässlich und ausgewogen.

Ein Blick nach Berlin zeigt, welche Folgen es hat, wenn man einen anderen Weg einschlägt. Auch dort fehlt Wohnraum. Dennoch haben die Berlinerinnen und Berliner im Jahr 2014 per Volksentscheid eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes abgelehnt. Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus steht nun die Enteignung großer Wohnungsbestände im Raum.

Durch Enteignung entsteht aber keine einzige zusätzliche Wohnung. Sie würde Milliarden kosten, die dann für den Neubau fehlen. Sie würde absehbar zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten führen, und in dieser Zeit wird weder gebaut noch saniert. Vor allem aber verunsichert sie Investoren weit über Berlin hinaus. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt.

Ich sage deutlich: Eine Enteignungspolitik, wie sie die Berliner Linke anstrebt, ist kein Weg für die Parteien der Mitte. Noch sind die Entscheidungen in Berlin nicht gefallen. SPD und Grüne haben es in der Hand, einen anderen Kurs einzuschlagen, und ich hoffe, dass sie das tun.

Die politische Mitte überzeugt nicht durch radikale Forderungen, sondern durch Lösungen, die in der Praxis tragen. Dafür steht die Mietpreisbegrenzungsverordnung des Landes.

Ebenso wichtig sind die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns weiterhin für schnellere Genehmigungsverfahren, mehr Bauland und weniger Bürokratie ein. Dazu gehören digitale Verfahren und eine kritische Überprüfung von Bauvorschriften und Standards.

Jede unnötige Auflage verteuert das Bauen, und am Ende zahlen das die Mieterinnen und Mieter. Wer bezahlbare Mieten will, muss für mehr Wohnungen sorgen. Das ist die eigentliche Antwort auf die Wohnungsfrage.

Vielen Dank!